

# **CDU** – Fraktion

## in der Stadtvertretung Heiligenhafen

16.04.2015

Herrn Bürgervorsteher  
Gottfried Grönwald  
sowie an die Damen und Herren  
der Stadtvertretung Heiligenhafen

### Änderungsantrag zum TOP 7

#### **„Antrag der BfH Fraktion: Interimslösung für den Wohnmobilplatz“**

Sehr geehrter Herr Bürgervorsteher,

hiermit beantragt die CDU – Fraktion zum Tagesordnungspunkt 7

über folgenden Änderungsantrag abstimmen zu lassen:

#### **Die Stadtvertretung möge beschließen:**

Zur Vermeidung von möglichen Nachteilen, die durch die Schließung des jetzigen Wohnmobilstellplatzes und das laufende Verfahren des Bürgerbegehrens entstehen könnten, wird **der Bürgermeister beauftragt**, schnellstmöglich eine oder mehrere intelligente Interimslösungen (Alternativen) bis zur Erstellung eines neuen Wohnmobilplatzes zu suchen und umzusetzen.

Diese Alternativen sollten deutlich neu ausgedeutet werden und in den Informationsmedien (Internet, einschlägigem WOMO-Plattformen, „Der Heiligenhafener“, **Ratsinfo der Stadt** etc.), der TouristInformation sowie der **Stadtverwaltung** schnellstmöglich bekannt gemacht werden.

### **Begründung:**

Die Heiligenhafener Verkehrsbetriebe (HVB) nehmen unabhängig von dem Ausgang eines Bürgerbegehrens bzw. eines dann folgenden Bürgerentscheids unstrittig eine Mitbewerberposition bei der Errichtung eines neuen und modernen Wohnmobilstellplatzes in unserer Warderstadt ein.

Vor dem Hintergrund dieser bestehenden Konkurrenzsituation bewerten wir den Antrag der BfH Fraktion als wirklichkeitsfremd und daher als nicht zielführend. Es besteht die widerlegbare Vermutung, wenn die HVB mit der Interimslösung beauftragt werden sollte, dass der HVB - egal wie sie handelt – immer unterstellt werden könnte, dass sie sich nicht neutral, fair oder lösungsorientiert verhält.

Diesem vorprogrammierten Interessenkonflikt möchten wir in der Form begegnen, dass wir den Bürgermeister, der aufgrund seiner Funktion zur Neutralität im Verwaltungshandeln verpflichtet ist, mit der Suche einer Interimslösung beauftragen.

Wer, wenn nicht der Bürgermeister, der eben von Gesetzeswegen zur Neutralität verpflichtet ist und eine im Verwaltungsverfahren unabhängige Verwaltung leitet, wäre besser geeignet, diesen Interessenkonflikt von zwei Mitbewerbern aufzulösen und eine bestmögliche Übergangslösung für die Stadt Heiligenhafen herbeizuführen. Zumal bietet der Bürgermeister bei diesem Beschluss die Gewähr dafür, dass er als „geborenes“ Mitglied des Aufsichtsrates der HVB – das Bindeglied zwischen Verwaltung, HVB und Stadtvertretung darstellt.

***Für die CDU – Fraktion***

*gez.*

***Stephan Karschnick***

***Timo Gaarz***